

BRANDENBURG

Gleichstellung fordert Andre Nolte, Sexarbeiter und Sprecher des Berufsverbandes erotische und sexuelle Dienstleistungen (BesD). Wenn am 1. März die Friseursalons wieder öffnen dürfen, bleiben „Prostitutionsveranstaltungen“ jedoch weiterhin verboten. Veranstaltern droht in Brandenburg ein Bußgeld von 10.000 bis 25.000 Euro, Teilnehmenden von 1.000 bis 10.000 Euro.

Schon im Sommer 2020 durften Friseure, Tätowierer und andere körpernahe Dienstleister lange vor den Prostitutionsstätten wieder öffnen. „Uns haftet das Stigma an, das Sexualität etwas Schmutziges ist. Im Unterschied zu anderen stehen wir immer auf dem Prüfstand“, sagt Nolte. Dabei seien Hygienekonzepte in der Sexarbeit genauso umsetzbar. Maßnahmen gegen die Übertragung von Krankheiten gehören in der Prostitution seit jeher zum Arbeitsalltag.

Selbst ein Straßenstrich könne durch Sozialstationen mit Waschmöglichkeiten entsprechend reguliert werden. Das Verbot hin-



Die Gleichsetzung von Prostitution mit anderen körpernahen Dienstleistungen ist umstritten.
Foto: Sebastian Gollnow/dpa

gegen würde Prostituierte in die Illegalität drängen. „Sexarbeit findet weiter statt, in privaten Wohnungen zum Beispiel, und da sind vor allem Frauen viel größeren Gefahren ausgesetzt“, sagt Nolte. Er selbst komme zurzeit mit den Corona-Hilfen aus, andere bekommen jedoch gar kein Geld.

Angst vor Abschiebung

Viele Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter stammen aus dem Ausland, haben in Deutschland keine Arbeits-, manche nicht einmal eine Aufenthaltserlaubnis, sind nicht steuerlich angemeldet und durch das Prostituiertenschutzgesetz geschützt. „Sie bekommen keine Hilfen und begeben sich dadurch oft in problematische Abhängigkeitsverhältnisse“, sagt Sarah Michel, Sozialarbeiterin bei „In Via“. Sie berät Prostituierte auf den Straßenstrich in Brandenburg.

Viele seien von Menschenhandel und Zwangsprostitution betroffen und hätten Angst, abgeschoben zu werden. Auch

Verbot drängt Prostituierte in die Illegalität

Pandemie Sexarbeit wird nach anderen Maßstäben gemessen als ein Besuch beim Friseur. Ist Prostitution eine körpernahe Dienstleistung? Welches Bußgeld droht bei Verstößen?
Von Louisa Theresa Braun

„Das ist kein Beruf wie jeder andere, den kann ich mir nicht in den Lebenslauf schreiben.“

Mimi vom Berliner Verein „Sisters“

Hygiene in der Sexarbeit

Das Hygienekonzept des Berufsverbandes erotische und sexuelle Dienstleistungen verpflichtet Sexarbeitende und ihre Kunden zur Verwendung von Mund-Nasen-Bedeckungen, Handdesinfektionsmitteln und Kondomen.

Orale und gesichtsnahe Dienstleistungen sowie solche mit mehr als zwei Personen sind in der Pandemie verboten. Außerdem müssen Kontaktlisten zur Rückverfolgung von Infektionsketten geführt werden.

Kundinnen und Kunden, die Erkältungssymptome haben oder sich weigern, die Regeln einzuhalten, sind auszuschließen. In Terminwohnungen und Hotels sollen nach jedem Termin geduscht, die Räume gereinigt, Bettwäsche, Handtücher und Kleidung gewechselt werden.

l/tb

Seite 8: Eigentlich sollten die alten **Tatra-Straßenbahnen** ausgemustert werden. Doch sie werden gebraucht.

Kommentar
Louisa T. Braun
zur Gleichstellung von Sexarbeit



Es geht um die Existenz

Der Ruf nach Gleichstellung von Prostitution mit anderen körpernahen Dienstleistungen in der Pandemie ist gerechtfertigt. Auch Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter sollten ihrem Beruf nachgehen dürfen – wenn es anderen Dienstleistern, die Menschen nahe kommen, gestattet ist. Dass Sexarbeit noch immer der Ruf anhaftet, schmutzig und unmoralisch zu sein, ist diskriminierend, meist frauen-, homo- und transfeindlich.

Doch es muss differenziert werden: Prostitution unterscheidet sich von anderen Berufen dadurch, dass hier auch Zwangsarbeit und Menschenhandel an der Tagesordnung sind. Viele, meist nichtdeutsche Frauen sind körperlicher und seelischer Gewalt ausgesetzt. Das ist fatal. Es gilt, die Sexarbeit zu entstigmatisieren und gleichzeitig strenger zu regulieren. Statt Prostituierte in die Illegalität zu drängen, müssen sie ihren Beruf frei ausüben, aber auch frei wählen können.

Wer in der Branche ausgebeutet wird, braucht bedingungslose Unterstützung, nicht nur von Hilfsorganisationen, sondern auch vom Staat, in Form von Sozialhilfe, Unterkünften und Perspektiven – unabhängig von Aufenthaltsstatus und steuerlicher Anmeldung. Gerade hier geht es um die Existenz. Die Sexarbeitenden zu bestrafen, ist der falsche Weg.

Ein Zentrum für das BKA

Ausbildung Personenschutz trainieren künftig in Fürstenwalde.

Fürstenwalde. Das Bundeskriminalamt (BKA) plant in Fürstenwalde ein Trainingszentrum zu errichten. Bereits seit 2013 nutzt das BKA das Gelände der ehemaligen NVA-Kaserne im Südwesten der Stadt. In den Ruinen absolvieren die Personenschützer der Bundesregierung ihre Trainingseinheiten. Die Aus- und Fortbildung der Polizisten ist bisher dezentral auf Einrichtungen anderer Organisationen verteilt. In Fürstenwalde soll nun ein zentraler Standort entstehen.

Wie eine BKA-Sprecherin mitteilt, ist vorgesehen, neun Gebäude sowie das erforderliche Wegnetz und Außenflächen herzurichten. Die Sanierung soll sichere Arbeitsbedingungen für die Aus- und Fortbildung schaffen. Damit der Standort dauerhaft genutzt werden kann, muss der Flächennutzungsplan angepasst werden.

ans

STRASSENBAUBEITRÄGE

Städte und Gemeinden in Brandenburg haben für die vergangenen zwei Jahre insgesamt rund 65,6 Millionen Euro als Ausgleich vom Land für die gestrichenen Straßenbaubeiträge erhalten. Das teilte das Verkehrsministerium in Potsdam auf eine Anfrage aus der Linke-Landtagsfraktion mit. Davon wurden den Kommunen knapp 65 Millionen Euro als Pauschalbetrag für eine Mehrbelastung überwiesen. Der Landtag hatte im Juni 2019 nach einer Volksinitiative der Freien Wähler die Beiträge von Anwohnern bestehender Straßen abgeschafft. Die für den Straßenbau fehlenden Mittel muss das Land den Kommunen vollständig ausgleichen.

dpa

Praxisärzte wollen impfen

Potsdam. Die Brandenburger Landesregierung will bei mehr zur Verfügung stehendem Impfstoff auch Corona-Impfungen in Arztpraxen ermöglichen. „Selbstverständlich sollen die Arztpraxen in die Impfkampagne einbezogen werden, sobald ausreichend Impfstoff zur Verfügung steht“, sagte Regierungssprecher Florian Engels am Sonntag in Potsdam. Dazu müsse die Coronavirus-Impfverordnung geändert werden. „Wir begrüßen, dass viele Ärzte bereitstehen, um damit möglichst bald zu beginnen. Dazu brauchen wir Verlässlichkeit und Transparenz bei den Impfstofflieferungen.“

Die Kassenärzte in Brandenburg fordern Corona-Impfungen auch in Arztpraxen, um mögliche Engpässe in Impfzentren zu verhindern. Derzeit fehlt ausreichend Impfstoff in Brandenburg. Auch der Vorsitzende des Brandenburger Hartmannbundes, Dr. Hanjo Pohle, hatte bereits am Donnerstag erklärt, dass die Infrastruktur der brandenburgischen Hausärzte für die Impfungen bereit stehe. Sie einzubeziehen sei sinnvoll und mit einem vertretbaren Aufwand umsetzbar. Pohle hatte den „Impf-Tourismus“ der Hochbetagten zu den Impfzentren kritisiert.

dpa/thi



Foto: dpa

Schutzräume für Frauen

Frauen in Brandenburg sollen besser vor Gewalt geschützt werden. Die Corona-Pandemie „scheint die Gewalt gegen Frauen zu verschärfen“, sagte Frauenministerin Ursula Nonnemacher (Grüne) anlässlich des internationalen Aktionstages „One Billion Rising“ („Eine Milliarde erhebt sich“) am Sonntag. „Gemeinsam mit dem Bund werden wir darum in den kommenden Jahren Schutzräume und Beratungsstellen für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder im Land ausbauen.“

Psyche Mehr Studierende brauchen Hilfe

Potsdam. Die Folgen des Corona-Lockdowns belasten zunehmend die Studierenden an Brandenburgs Hochschulen. Psychologische Hilfsangebote werden verstärkt in Anspruch genommen, wie eine dpa-Umfrage ergab. „In der Corona-Pandemie zeigt sich bei den Studierenden zunehmend das Fehlen sozialer Kontakte als Problem“, sagte die Sprecherin des Studentenwerks Potsdam, Josephine Kujau. Das Werk bietet psychosoziale Beratung für Studierende an.

dpa